

Infodienst Gentechnik

Kritische Nachrichten zur Gentechnik in der Landwirtschaft



Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger lehnt Gentechnik in der Landwirtschaft ab: Compact Plakat-Aktion vor dem Bundestag. (Photo: Compact)

Bundesregierung muss im EU-Ministerrat Farbe bekennen

Veröffentlicht am: 06.07.2011

Nach der Abstimmung gestern im EU-Parlament über die Möglichkeit der EU-Mitgliedsstaaten, nationale Gentechnik-Anbauverbote zu verhängen, macht die SPD-Fraktion Druck. Morgen wird sie einen Antrag im Bundestag einreichen, der die Bundesregierung dazu auffordert, den gestern im EU-Parlament abgestimmten Vorschlag voranzubringen. Dieser sieht vor, dass künftig gentechnisch veränderte Pflanzen auch aus sozioökonomischen und ökologischen Gründen verboten werden können. Der gestern angenommene Vorschlag muss nun vom EU-Ministerrat unterstützt werden. Damit liegt viel Gewicht auf der Haltung der Bundesregierung, die im Ministerrat ein großes Stimmengewicht hat. Solange es beim Zulassungs-

verfahren für gentechnisch veränderte Organismen keine Prüfung ökologischer und sozioökonomischer Risiken gibt, fordert die SPD-Fraktion ein Moratorium für die Zulassung. Auch für die absolute Saatgutreinheit und für eine Kennzeichnung von tierischen Produkten, die unter Verwendung von Futter aus Gentechnik-Pflanzen hergestellt wurden, macht sich die SPD in ihrem Antrag stark. Die Bundesregierung steht nun unter Zugzwang, denn grundsätzlich möchte sie Agro-Gentechnik fördern, weiß jedoch um die kritische Haltung in der Bevölkerung. In Bayern hat sich die CSU daher gegen Gentechnik in der Landwirtschaft ausgesprochen.

Links zu diesem Artikel

- [SPD-Bundestagsfraktion: Schwarz-Gelb muss Blockade gegen EU-Vorschläge zur Agro-Gentechnik aufgeben](#)
- [Dossier: Opt-Out: Debatte um Änderung des EU-Gentechnikrechts und nationale Anbauverbote](#)
- [Deutscher Bundestag: Antrag SPD-Fraktion/Drucksache 17/6479](#)